

25 Jahre Geschichtswissenschaft in Bochum – Eine Bestandsaufnahme von Wolfgang Helbich

Die folgenden Seiten sollen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Historikertages 1990 einen Eindruck davon vermitteln, wie sich das Fach Geschichte an der Ruhr-Universität in den 25 Jahren ihrer Existenz entwickelte. Ausgewogenheit als Selbstzweck wurde dabei nicht angestrebt, wohl aber Redlichkeit. Eine gewisse Parteilichkeit der Darstellung soll nicht von vornherein abgestritten werden. Es wäre allerdings die Parteilichkeit nicht einer Person oder einer Gruppe, sondern die einer Fakultät.

Ruhr-Universität

Die Ruhr-Universität Bochum kann zwar nicht unbestritten als die erste bundesdeutsche Universitätsgründung gelten; mit Sicherheit dagegen ist sie der erste komplette Neubau einer Universität in der Nachkriegszeit.

Wenigstens zwei heute gängige Annahmen zur RUB sind falsch. So gut wie niemand beachtete Anfang der 1960er Jahre den Aspekt der zusätzlichen Arbeitskräfte zum Ausgleich des Zechensterbens in Bochum. Und die RUB war nicht die Schöpfung der SPD. Vielmehr gingen Initiative, Vorbereitung und politische Durchsetzung von einer CDU- und seit 1962 einer CDU-FDP-Regierung aus, und noch in der entscheidenden Landtagsabstimmung am 18. Juli 1961 votierte die sozialdemokratische Fraktion gegen diese Universitätsgründung, weil die den Standort Dortmund vorzog. Zwei Jahre interner Vorbereitungen waren dieser Abstimmung vorausgegangen; die drei anderen Schlüsseldaten folgten rasch aufeinander: Grundsteinlegung Anfang

Juli 1962, Eröffnung am 30. Juli 1965, Beginn des Lehrbetriebs im Wintersemester 1965/66.

Das Attribut „gemäßigte Reformfreudigkeit“, von Paul Mikat für die neue Universität geprägt, scheint aus heutiger Sicht treffender als jedes andere. Der Gründungsausschuss orientierte sich weitgehend an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom November 1960. „Radikale“ Neuerungen gab es nicht. Aber immerhin wurde die Aufsplitterung der traditionellen Fakultäten in 18 Abteilungen (die sich nie „Fachbereiche“ nannten, aber seit 1985 wieder „Fakultäten“ heißen) vorweggenommen. Eine wesentliche Reform war die beabsichtigte und wenigstens äußerlich gelungene Integration der ingenieurwissenschaftlichen Fächer in die Disziplinen der klassischen Universität. Reformfreudig war die auch im eben erwähnten Zusammenhang stehende Betonung der Interdisziplinarität, deren Konsequenz zum Beispiel auch die Schaffung eines Lehrstuhls für Technikgeschichte in der Abteilung für Geschichtswissenschaft war.

Die Planer sahen Interdisziplinarität vielleicht etwas einseitig als zwingendes Argument für kurze Wege, also Hochbauweise – als ob Kooperation primär von Entfernungen abhinge. Doch was immer man von der Architektur der RUB erwartete und damit sonst erreichte, bedacht wurde offenbar nicht ausreichend, in welchem Maße der akademische Arbeitsplatz belastet wurde durch die brutale Wucht der 13 Hochbauten, die lähmende Uniformität in deren Innerem, den feindseligen, reibeisenscharfen Putz in den Gängen, die unterkühlt-nivellierenden Blechwände in den Dienstzimmern.

Eine zweifellos wichtige Reform, die Errichtung von universitätsverwalteten Studentenheimen mit Plätzen für ein Drittel der Studierenden auf dem Universitätsgelände selbst - war geplant, wurde aber vom ersten Deutschen

Studententag (Bochum 1963) kategorisch abgelehnt und danach nicht weiter verfolgt.

Geschichte:

Aufbau und Konsolidierung

Sehr viel ausgeprägter und auch weniger beengt waren die Reformbestrebungen bei den Historikern, die zusammen mit Kunsthistorikern Archäologen, Ur- und Frühgeschichtlern sowie Musikwissenschaftlern die Abteilung für Geschichtswissenschaft bildeten. Reformen oder Neuerungen waren in den Bereichen Wissenschaftsorganisation, Forschung, Lehre, Prüfungen, Selbstverwaltung und nach außen gerichtete Aktivitäten zu verzeichnen.

Vor allem die Zuordnung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zur Geschichte (mit gleichzeitiger Verankerung in Ökonomie und Sozialwissenschaften) und die Schaffung von gleich zwei einschlägigen Lehrstühlen gehört hierher ebenso wie der bereits erwähnte Lehrstuhl für Technikgeschichte. Zudem wurden Professuren für osteuropäische, südosteuropäische, vorderasiatische und nordamerikanische Geschichte eingerichtet.

Die Studierenden aus meist universitätsfernem Milieu verlangten auch schon vor 1968 Beweise der gesellschaftspolitischen Relevanz der Geschichte, der industrielle Standort drängte sozialgeschichtliche Sehweisen auf, und beides zusammen dürfte einen erheblichen Einfluß darauf gehabt haben, daß sich nicht nur an den beiden so bezeichneten Lehrstühlen, sondern auch an den meisten anderen die Forschung stark sozialgeschichtlich ausrichtete. Deutlich wurde diese Entwicklung nicht nur durch Veröffentlichungen, sondern z.B. auch durch die Teilnahme Bochums an dem DFG-Schwerpunktprogramm zur Geschichte der Frühindustrialisierung und das VW-Projekt „Europäische Bauernrevolten

der frühen Neuzeit“, durch die Etablierung des Faches Demographie im Gefolge der intensiv betriebenen Migrationsforschung, durch die Organisation internationaler Konferenzen wie „Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik“ (1973) und „Das Elend der Handarbeit“ (1981) sowie nicht zuletzt durch die Beschaffung der Doublettensammlung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam mit Hilfe von Drittmitteln, die angesichts des hohen Stellenwerts der Gewerkschaftsgeschichte in Bochum nahelag und die den Grundstock des Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung bildete. Dies ist mittlerweile aus der Fakultät herausgelöst worden und bildet als „Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung“ eine zentrale Einheit der Universität.

Was die Lehre betrifft, war besonders das Grundstudium von Innovationen geprägt. Angesichts der vorzüglichen personellen Ausstattung – z. B. zwei, in einigen Fällen sogar drei Assistenten und meist dazu noch ein Studienrat im Hochschuldienst je Lehrstuhl, dazu ausreichende Mittel für studentische Hilfskräfte und vor allem für ein umfangreiches Tutorenprogramm – war eine intensive individuelle Betreuung der Studierenden möglich, was an einem nicht von bildungsbürgerlicher Tradition geprägten Standort besondere Bedeutung hatte. Weitgehend von einem engagierten und noch nicht überlasteten Mittelbau nicht nur durchgeführt, sondern auch konzipiert und ausgestaltet, wies dieses Grundstudium wenigstens zwei wesentliche Neuerungen auf, das „IPS“ und das Grundstudiumsseminar.

Das Integrierte Proseminar beruht auf den Annahmen, dass die Praxis der drei klassischen Proseminare (Alte, Mittlere und Neuere Geschichte) zu viele unnötige Wiederholungen aufweist, dass eine thematische Ausrichtung ein Proseminar ertragreicher macht und schließlich, dass ein zweisemestriges 4stündiges IPS, das alle drei Bereiche unter einem Thema zusammenfasst, eine

ausgezeichnete Lösung darstellt, die zudem vielerlei Anregungen durch den komparatistischen Aspekt bietet: enge Teamarbeit der drei Veranstalter, ausgiebige Tutorenbetreuung, Exkursion und Kompaktseminare rundeten eine Lehrveranstaltung ab, die bis in die 1970er Jahre hinein nicht nur fachlich ein voller Erfolg war, sondern auch Bemerkenswertes zugunsten der sozialen Einbindung der Anfänger leistete.

Die zwischen Proseminar und Hauptseminar angesiedelten „Grundstudiumsseminare“ sollten nach ursprünglichen Vorstellung vor allem breite Überblicke in Seminarform vermitteln. Das thematische und methodische Angebot über einen mehrjährigen Zeitraum wurde durch ein Raster gesteuert, das Ausgewogenheit ebenso wie Innovation sichern sollte und laufend aktualisiert wurde. Im Grund-, aber vor allem auch im Hauptstudium wurden in den ersten Jahren zahlreiche interdisziplinäre und über die historischen Teildisziplinen hinausgreifende gemeinsame Lehrveranstaltungen abgehalten.

Auch bei Prüfungen wurden die vorgefundenen Modelle weiterentwickelt. Klausuren waren schnell abgeschafft – vom Proseminar bis zum Magister; die Zwischenprüfung schmolz zusammen auf das Vorlegen der Grundstudiumsscheine und das Beratungsgespräch mit einem Professor; die Sprachklausuren wurden ersetzt durch ein System von „Sprachnachweisen“, die in den Lehrveranstaltungen erworben werden können. Die drei erwähnten Errungenschaften waren allerdings auch in Bochum nie unumstritten und können heute als einigermaßen kontrovers gelten. Volle Einigkeit besteht bei allen Beteiligten über das gelungene Experiment „Disputation“ statt Rigorosum bei der Promotion sowie über die Praxis, den Habilitationsvortrag fakultätsöffentlich zu halten.

Die bereits erwähnte Kontaktintensität zwischen Lehrenden und Studierenden, die Baustellen- und Aufbausituation schufen ein ausgesprochen kooperatives Klima zwischen den Gruppen, und eine selbstbewusste Fachschaft gewann schnell Einfluß auf Sachentscheidungen. 1968 brachte wegen des Reformsprungs und des entstandenen Vertrauensverhältnisses für die Bochumer Historie vergleichsweise wenige Erschütterungen. War sie bis 1968 Vorreiter in studentischer Mitbestimmung gewesen, gab sie sich danach die - an studentischem und Mittelbau-Einfluß gemessen – progressivste Satzung einer Abteilung an der Ruhr-Universität; zwar variierten die Pritäten je nach Gremium, doch wurden wichtige Entscheidungen, z.B. die Verabschiedung des Haushalts und die Dekanswahl, drittelparitätisch getroffen; der Studienabschluß war (und ist) sogar halbparitätisch besetzt. Professoren und vor allem Assistenten waren bereit, lange Arbeitswochen in die Ausarbeitung von Satzungen und Ordnungen sowie die endlosen Diskussionen zur Erzielung eines Modus vivendi, also in die Anlaufphase der Selbstverwaltung zu investieren. Diese Belastungen waren schon um 1970 erheblich zurückgegangen, so dass die Standardklage deutscher Professoren über die leidigen Gremiensitzungen in der Abteilung für Geschichtswissenschaft nie allzu laut wurde.

Die Außen-Aktivitäten der RUB-Historiker, wiederum teilweise bedingt durch den Standort, der Anstoß wie Gelegenheit bot, erstreckten sich auf besondere Anlässe – etwa die Mitwirkung an der neuen „Woche der Wissenschaft“ der Ruhrfestspiele Recklinghausen – wie vor allem auf kontinuierliche Arbeit: die Kooperation mit dem Bochumer Bergbaumuseum, das regelmäßige Angebot von Fortbildungsseminaren für Geschichtslehrer aller Schulstufen und die häufige Durchführung von „Betriebsräte-Seminaren“, in denen diesem Personenkreis zeitgeschichtliche Probleme vermittelt wurden.

Das bisher Gesagte gilt für ein gutes Dutzend Jahre seit 1965. Dies war die – gewiß nicht ungetrübte, aber auch ohne jede Verklärung tendenziell positive – Zeit des Aufbaus, der Grundsatzdebatten, der Entwicklung, der Eingewöhnung, der Konsolidierung, schließlich der Normalisierung in den Sinne, dass Neues endlich zum Alltag wird.

Demontage

Doch dann begann ein Prozeß, der mit „Einschränkungen“ oder „Sparmaßnahmen“ nicht adäquat erfasst werden kann. Wegen der Denotation des radikalen Abbaus und wegen der zeitgeschichtlichen Konnotationen des Zerstörens, der Planlosigkeit sowie des Diktats ohne Konsultation ist für das, was nun geschah, „Demontage“ der einzig adäquate Begriff.

1980 wurde die Geschichte durch 19 Professoren (H3 und H4) vertreten; 1990 sind es noch 13, 1992 werden es 12 sein: Über ein Drittel der Professuren sind weggefallen –vornehmlich die für das Bochumer System so wichtigen Stellen aus mehrfach besetzten Disziplinen (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Technikgeschichte, Alte Geschichte, Mittelalter, Neuzeit), aber auch zwei, die entweder ganz (Vorder- und Mittelasien) oder wenigstens als Dauer-Professur (Historische Hilfswissenschaften) verlorengegangen sind. Da die Doppel-Professuren sinnvoll besetzt waren, also mit deutlich verschiedenen Schwerpunkten, bedeutete die Streichung nicht lediglich die Reduzierung einer Disziplin, sondern die Amputation einer Teildisziplin, so dass z.B. mit der Streichung des Lehrstuhls Sozial- und Wirtschaftsgeschichte I sowohl die ältere Sozialgeschichte als auch die Historische Demographie ersatzlos wegfiel.

Diese Streichungen erfolgten nicht etwa, was sich einsehen ließe, vor dem Hintergrund sinkender Studentenzahlen. 1980 studierten 2306 Personen im

Haupt- und Nebenfach Geschichte; 1990 sind es 3004. Während also die Zahl der Professoren um ein gutes Drittel sank, stieg die der Studierenden um 30 Prozent, was für das Verhältnis von Lehrenden zu Studierenden eine massive Verschlechterung von 1:121 auf 1:250 bedeutete: Die Zahl der von einem Professor zu betreuenden Studierenden hatte sich mehr als verdoppelt.

Doch sind diese Zahlen, wiewohl erschreckend, noch eher harmlos im Vergleich zu den Kürzungen bei den Wiss. Mitarbeitern. 1980 gab es noch 25 Wiss. Assistenten; 1992 werden es noch 8 Wiss. Mitarbeiter sein, eine Reduktion um mehr als zwei Drittel, mit einer entsprechenden Änderung des Verhältnisses zu den Studierenden von 1:92 auf 1:376. Wo vor dem Assistenten-Dienstraum 1980 ein Studierender stand, warten 1992 vier.

Die Kürzungen bei den Sachmitteln waren nicht schonender. 1981 standen für Bücher und Zeitschriften in der Historischen Bibliothek noch 102 000 aus regulären Etatmitteln zur Verfügung. 1990 waren es noch 43 000, entsprechend der Kaufkraft der DM von 1981 noch 30 500, also real weniger als ein Drittel. Auf einen Studierenden entfielen 1981 DM 44, real 1990 DM 10 – 1981 ein Buch pro Kopf, während sich heute vier in ein teilen müssen.

Ein letztes Beispiel: die Exkursionsmittel. 1975 belief sich der Jahresetat für die ganze Fakultät auf DM 33 000 (so auch 1980); heute sind es 26 400, inflationsbereinigt in DM von 1975 15 800. 1975 entfielen auf einen Studierenden 11,32 Mark Exkursionsmittel; 1990, nach einer Steigerung der Einschreibungszahlen der Fakultät um mehr als zwei Drittel, waren es real noch 3,17. Für Historiker gibt es angesichts der notwendigen Bevorzugung der Grabungs- und Museumsfächer mit ihren obligatorischen Exkursionen seit Jahren so gut wie keine Exkursionen mehr, und überhaupt keine ohne eine für viele unaufbringbare Selbstbeteiligung.

Leider wird nicht nur Bestehendes demontiert, sondern sogar Künftiges, Potentielles. In den letzten Jahren ist immer schwieriger geworden, was vor 10 Jahren noch als normal gelten konnte: hervorragende Wissenschaftler zu bewegen, den an sie ergangenen Ruf an die Fakultät anzunehmen. Die Demontage schlägt auch voll durch auf die Ausstattung, die das Land zu bieten bereit ist.

Es gibt einige Bereiche, wo der Abbau eher bescheiden blieb und sich weitgehend auf die Inflationsrate beschränkte; der Hilfskräfteeetat gehört dazu, die Postbeförderung und die Ratsstellen. Aber diese Liste ist bereits erschöpfend – schon das Telefon ist drakonisch kontingentiert, die Bibliothekszeiten fühlbar verkürzt.

Es ist nichts ungewöhnliches, dass Universitätsangehörige über das zuständige Ministerium schimpfen. Mit diesem Normalzustand hat die Situation der Bochumer Historiker nichts mehr zu tun. Hier drängt sich der Eindruck auf, dass von seiten des Landes ohne ernsthafte Kommunikation mit den Betroffenen angestrebt wird, die Arbeits- und Entfaltungsmöglichkeiten, die Chancen für eine erfolgversprechende Forschung und Lehre massiv zu beeinträchtigen.

Was geht hier vor? War die personelle und Sachausstattung vor 1980 schierer Luxus, ja Frivolität, die es auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen galt? Seitens des für dergleichen zuständigen Rechnungshofs wurden keine Klagen laut. Tatsächlich handelte es sich um nicht mehr als ein – besonders auch mit 3,3 Mio. Bibliotheksaufbau-Sondermitteln gut ausgestattetes Institut, das effizient ebenso wie produktiv zu arbeiten vermochte. Was ist übriggeblieben?

HEUTE

Äußerlich hat sich vieles, wohl das meiste gehalten aus der „Gründerzeit“. Ein passables Lehrangebot besteht nach wie vor, wenngleich es in Breite und Vielseitigkeit stark reduziert ist. Allerdings haben sich mit wachsenden Teilnehmerzahlen in Seminaren allgemein und der Überfüllung gerade von Einführungsveranstaltungen die Arbeitsbedingungen für Studierende und Lehrende erheblich verschlechtert.

Mehr noch als durch ein schmales Angebot und überfüllte Übungen wird die Lehre wohl durch zwei andere Faktoren beeinträchtigt. Das eine ist die rasche und anhaltende Verarmung der einst hervorragenden Institutsbibliothek durch die mangels Beschaffungsmitteln immer größeren Bestandslücken, zu denen die Benutzer mit erklecklichen Diebstahlsraten (über die letzten drei Jahre im Schnitt täglich ein Band, in 3 Jahren 1074) auch durchaus selber beitragen.

Der andere Faktor ist so einfach nicht zu quantifizieren, ja nicht einmal leicht zu verifizieren. Von Jahren der Kürzungen, Rückschläge, enttäuschten Hoffnungen und der impliziten Abwertung ihrer Tätigkeit bei zunehmender Erschwerung ihrer Arbeit sind Elan und Innovationsfreude der Lehrenden nicht unberührt geblieben. Das IPS existiert noch – seit 10 Jahren praktisch unverändert, und das ist ein deutliches Alarmsignal bei einem Lehrveranstaltungstyp, dessen Hauptcharakteristikum ständige Anpassung an Erfahrungen und veränderte Umstände sein müsste (und einmal war). Tutoren gibt es nicht mehr, und den Studierenden, die im IPS häufig unbezahlt einspringen, ist der hohe Zeitaufwand im Grunde nicht zuzumuten. Die IPS-Exkursion muß von den Teilnehmern selbst bezahlt werden, und ihr Ziel darf deshalb höchstens ein paar Dutzend Kilometer von Bochum entfernt sein.

Es passt in dieses Bild, dass Seminare von zwei Historikern oder gar solche über Fakultätsgrenzen hinweg, einst ein Bochumer Markenzeichen, in den letzten Jahren praktisch nicht mehr stattfanden. Symptomatisch auch, dass das oben erwähnte Grundstudiums-Raster längst in Vergessenheit geraten ist. Das frühere hochschulpolitische Engagement ist heute eher gedämpft.

Natürlich funktioniert der 25 Jahre eingespielte Apparat trotz Demontagen noch irgendwie und produziert examinierte Historiker ebenso wie zahlreiche Publikationen. Auch diese Seite des Betriebs, die tägliche Routine, soll hier nicht ganz ausgeblendet werden. Und es gibt auch noch einige Lichtblicke, einige Anzeichen von hartnäckiger Vitalität, die Erwähnung verdienen.

Während die deutliche Zunahme der Magisterprüfungen in den 1980er Jahren (von 15 im Jahresdurchschnitt im ersten Jahrfünft auf 22 im zweiten) einer verbreiteten Annahme entspricht, überrascht vielleicht etwas, dass die Anzahl der Staatsexamen zwar rapid abnimmt (145 im Jahresdurchschnitt 1980-84, 1985-89: 87), aber auch im zweiten Jahrfünft noch ein Vielfaches der Magisterprüfungen ausmacht. Wie dramatisch die Abwärtsentwicklung der Staatsexamenszahlen in den letzten Jahren wirklich war, wird allerdings erst bei Betrachtung der einzelnen Jahre deutlich: 1986:129; 1987:76;1988:61; 1989:51. Die Zahl der Promotionen stieg von knapp 10 im Jahresdurchschnitt im ersten auf 12,5 im zweiten Jahrfünft. Für die ganze Dekade sind 14 Habilitationen zu verzeichnen.

Über die Kehrseite der Examens-Medaille, die Studienabbrecherquote, gibt es keinerlei verlässliche Unterlagen, ebenso wenig darüber, wie viele von den über 3000 Studierenden laut Statistik tatsächlich noch studieren (oder lediglich vom Studentenausweis profitieren). Sicher ist, dass solche Statistiken mindestens so

wichtig wären wie Studienzeit-Daten. Sicher ist auch, dass ein Dekanat derartige Statistiken (jedenfalls bei der augenblicklichen Personalausstattung) nicht erheben kann. Daß es nirgendwo geschieht, scheint unverzeihlich.

Zu den Lichtblicken gehört, das zwar keineswegs spannungsfreie, aber von ungewöhnlich viel beiderseitigem Respekt geprägte Verhältnis zwischen den Lehrenden und der kleinen Minderheit hochschulpolitisch engagierter Studierender. Über alle Gruppenparitäten hinaus haben die Studierenden effektiv Einfluß auf die Entscheidungen der Fakultät. Hier ist das Erbe der 1960er Jahre erhalten geblieben.

Ein weiterer Lichtblick: der Frauenförderplan. Wenngleich es sprachlich korrekter wohl eher „Frauenförderungsplan“ hieße, bietet die Anleihe beim Bergbau doch Lokalkolorit. Nicht alle Forderungen der Initiatorinnen und Initiatoren ließen sich durchsetzen, doch wurde ein vielversprechender Anfang gemacht in den Bereichen Organisation, Lehre, Personalpolitik und Verwaltungsangestellte, und der Plan fand einen breiten Konsens in der Fakultät. Er blieb seit der Verabschiedung 1988 zwar nicht ohne Wirkung, doch stößt die Durchsetzung vieler Bestimmungen häufig auf erwartete und unerwartete Widerstände und Sachzwänge. Ergebnislos blieben die mehrfachen Bemühungen um die Einrichtung einer Professur für Frauengeschichte (bzw. „Geschlechtergeschichte/Demographie“) durch Umwidmung neu zu besetzender Professuren – weil die fraglichen Stellen der letzten Streichungswelle zum Opfer fielen und ungeachtet aller Beteuerungen der Landesregierung zugunsten der Frauenförderung auch nicht für den angestrebten Zweck zu retten waren.

Erfolgreiches regionsbezogenes Engagement zeigt sich in Vorhabe wie dem „Handbuch zur Geschichte des Ruhrgebiets im Industriezeitalter“ und der soeben eröffneten Ausstellung „Das Ruhrgebiet im Mittelalter“ im Ruhrland-

Museum in Essen. Wer mag, kann auch die Ortswahl des Historikertags 1990 zu den Lichtblicken zählen.

Sicherlich der gewichtigste Aktivposten liegt in der Drittmittelinwerbung der Historiker in Bochum. In den vier Jahren 1980-83 betrug das Volumen der Drittmittelprojekte 1,4 Mio. Mark; 1984-87 3,8 Mio.; und 1988-1991 5,2 Mio. Die Forschung der Bochumer Historiker hat zweifellos keine Einbußen erlitten – eher im Gegenteil. Doch auch dieses Licht hat eine Schattenseite: Verstärkte Konzentration auf Drittmittelprojekte kann zwar Mittel- und Stellenstreichungen teilweise kompensieren, doch ist nicht ernsthaft zu bezweifeln, dass mit wachsendem Projekt-Engagement die Lehre notgedrungen zurückstehen muß. Die Hauptleidtragenden sind hier wie in allen anderen Bereichen der akademischen Demontage die Studierenden – vor allem diejenigen, die intensive fachliche Betreuung besonders benötigen. Diese Entwicklung leistet keinen geringen Beitrag zu der von niemandem begrüßten Verlängerung der Studiendauer.

Hielte die bisherige Demontage-Entwicklung an, und sei es auch abgeschwächt, so wäre noch vor dem Ende des Jahrhunderts der Punkt erreicht, an dem man davon abraten müsste, in Bochum Geschichte zu studieren. Ein Einfrieren des finanziellen Status quo hieße durch Geldentwertung allgemein und durch immer unerträglichere Lücken in der Bibliothek eine gegenüber den Vorjahren gebremste, aber immer noch spürbare laufende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

So gut wie aussichtslos, weil mittlerweile schon fast unbezahlbar, wäre der Versuch, die Leistungsfähigkeit der Bochumer Historie der 1970er Jahre wiederherzustellen. Immerhin wäre es bei einer sehr raschen und gründlichen Kursänderung seitens des Landes immer noch möglich, die noch vorhandenen

Traditionen, Erfahrungen, Bestände und Ansätze so weit zu reaktivieren, dass wieder ein voll arbeitsfähiges, Studierende wie Lehrende motivierendes Historisches Institut entstünde.